

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 13, 17, 20, 24 – Atom, Kohle, Offshore-Strategie

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 681.10 / 18.11.2010

Die Energiepolitik der CDU schadet unserem Land

Ich bedanke mich auch im Namen der Grünen Fraktion für die Berichte der Landesregierung. Jedoch bleibt nach dieser höflichen Eingangsanmerkung nur Platz für Enttäuschung, für Wut, für Verachtung über eine schwarz-gelbe Politik, die unser Land um Jahrzehnte zurückwirft.

Der Bundestagsabgeordnete Wadephul klagt: „Es ist nicht hinreichend klar, wofür die CDU steht, was ihr Markenzeichen ist.“ Dabei ist völlig klar, was das Markenzeichen der CDU ist: Die Energiepolitik der CDU ist von gestern. Sie setzen auf Großkraftwerke, die die Netze für Zukunftsenergie verstopfen. Sie verlängern Atom, sie bauen Kohlekraftwerke neu, sie setzen auf alte Technik und sprechen von Revolution.

Das alte Gesetz, der Atomkonsens, bedeutete ja keineswegs den Sofortausstieg. Krümmel durfte danach bis 2016, Brokdorf bis 2018 weiterlaufen. Das war also ein sanfter Übergang oder wie es das Gesetz formuliert: Eine geordnete Beendigung des Atomzeitalters.

Die CDU und der FDP-Bundeswirtschaftsminister reden von Übergangstechnologie, von Brücken. Die Erneuerbaren Energien sind dabei allerdings viel erfolgreicher als man ursprünglich annahm. Sie übertreffen regelmäßig die Erwartungen. Gemessen an den Annahmen ist die Brücke also kürzer geworden. Sie wollen sie aber mit dem neuen Gesetz verlängern.

Die CDU fragt sich, wo das Konservative geblieben sei? Konservativ à la CDU heißt: Auf dem Schoß der Großkonzerne sitzen, ein taktisches Verhältnis zu Mittelstand und kommunaler Energiewirtschaft. Vier gewinnen, Millionen verlieren!

Konservativ à la CDU heißt: Unklare Maßstäbe, unklare Sprache. Atomkraftwerke nicht abschalten, Kohle neu bauen heißt auf CDU-Deutsch: ausgewogener Energiemix. Vernebelungswörter wie Entsorgungspark. Eine angeblich ergebnisoffene Standortsuche, alternative Standorte insbesondere im Süden der Republik gibt es nicht. In Schweden, in der Schweiz werden zahlreiche Alternativen intensiv geprüft. In Deutschland nur Gorbleben. Ergebnisoffen? Da lachen doch die Hühner!

Die CDU, so sagt Wadephul, will die Politik „am Blickwinkel unserer Kinder ausrichten“. Daher wird das Atomprogramm verlängert, obwohl es kein Endlager gibt. Unseren Kindern und Enkeln hinterlassen wir Müll für die Ewigkeit von Strom, den wir verbraucht haben werden. Die CDU eignet sich die Wortwahl der Grünen an, macht aber nicht die dazu passende Politik. Glauben Sie denn, das merkt keiner?

Konservativ à la CDU heißt: Verstecken hinter sogenannten Grenzwerten. Das Milligramm pro Kubikmeter Rauchgas multipliziert sich bei den Kohlegiganten in Brunsbüttel millionenfach zu Giftwolken, die den Acker unserer Heimat mit Feinstaub kontaminieren, die Elbe mit Quecksilber belasten.

In Niebüll, Stadum und Leck verspricht die CDU, dass kein CO₂ im Boden Nordfrieslands verpresst wird. In Brunsbüttel verspricht die CDU, daß Kohlekraftwerke nur genehmigt werden, wenn sie Capture-ready errichtet werden, also die Bereitschaft zur CO₂-Abscheidung, zur CCS-Technik ist Genehmigungsvoraussetzung für neue Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein.

Das Lied von der sauberen Kohle singt der Energieminister also unbeeindruckt weiter, auch wenn die Bauern im Umland von Brunsbüttel zu Hunderten auf die Straße gehen und rufen: Saubere Kohle ist eine dreckige Lüge.

Sie haben damit im doppelten Wortsinn Recht. Kohle ist nicht sauber für die Umwelt. Kohle ist auch sozial nicht sauber, wenn zum Beispiel in Kolumbien für den Abbau unserer Importkohle Menschen umgebracht werden, wenn sie ihre Dörfer nicht räumen wollen.

Der 28.10.2010 war ein schwarzer Tag für die deutsche Energiezukunft. Die schwarzgelbe Koalition beschloss eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Eine Novelle des Atomrechts müsste zumindest die neue und wachsende Bedrohung durch terroristische Einwirkung berücksichtigen. Unsere schlichte Frage nach Sicherheit, insbesondere gegen Terrorgefahren, wird wie folgt beantwortet:

Das 11. und das 12. vom Bundestag verabschiedete Atomrechtsänderungsgesetz enthalten keine gesetzliche Regelung, dass die Inhaber einer Genehmigung zum Betrieb einer Anlage zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität zur weiteren Vorsorge gegen Risiken verpflichtet sind, innerhalb eines be-

stimmten Zeitraums nachzuweisen, dass bautechnische Maßnahmen zum Schutz des Reaktorgebäudes vor Flugzeugabstürzen nach Maßgabe im Einzelnen technisch näher auszuführender Spezifikationen in der jeweiligen Anlage verwirklicht sind.

Reduziert auf das wesentliche steht da also: Das Gesetz enthält keine Regelung. Daher sagt Minister Schmalfuß in seiner vornehmen, zurückhaltenden Art, er hätte es begrüßt, wenn der Bundesgesetzgeber durch eine gesetzliche Regelung sicher gestellt hätte, dass [...] sicherheitstechnische Nachrüstungen zur Hebung des Sicherheitsniveaus der betreffenden Anlagen zuvor realisiert worden wären.

Der 28.10.2010 war ein schwarzer Tag. Am selben Tag haben viele Stadtwerke große Zeitungsanzeigen geschaltet gegen die geplante Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken unter der Überschrift „Vier gewinnen, Millionen verlieren.“

Durch die einseitige Stärkung der Atomkraftwerksbetreiber wird der Wettbewerb behindert. Notwendige Investitionen in den Umbau der Energieversorgung werden gestoppt. Im Vertrauen auf den Atomausstieg im Konsens mit den AKW-Betreibern und auf die Verlässlichkeit der Politik haben Stadtwerke und regionale Energieversorger seit dem Atomausstiegsbeschluss 6,5 Milliarden Euro in eine CO2-arme Energieversorgung investiert.

Die regionale Wirtschaftskraft wird durch die Laufzeitverlängerung geschwächt. Stadtwerke betreiben ihre Anlagen und Netze vor Ort. Die Wertschöpfung bleibt in den Kommunen und schafft Arbeitsplätze im Handwerk und Industrie.

Die Nutzung Erneuerbarer Energien wird verzögert. Flexible Kraftwerke wie BHKWs und GuD-Kraftwerke können den flukturierenden Wind- und Solarstrom regeln, Atomkraftwerke können das nicht. Nach der Laufzeitverlängerung wird deshalb systemlogisch der nächste Schritt in die energiepolitische Vergangenheit folgen, die Verschlechterung des EEG. Die vorrangige Einspeisung des erneuerbaren Stroms muss aus Sicht von e.on und Co gekippt werden, damit die AKWs auch laufen können und Profite erwirtschaften. Die Laufzeitverlängerung ist keine Brücke, sondern eine Betonmauer gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Damit wird dem Klimaschutz nicht geholfen. Im Gegenteil: länger laufende Atomkraftwerke verhindern weitere Investitionen in moderne Erzeugungsanlagen. Einsatz und Entwicklung moderner Effizienz-Technologien wie Kraft-Wärme-Kopplung kommen zum Erliegen.

Wir Grünen unterstützen die Stadtwerke in ihrem Anliegen, gegen eine mögliche Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken vorzugehen und eine Verfassungsklage einzureichen. Die Investitionen der Stadtwerke sind von großer Bedeutung, da nur so die faktische Monopolstellung der vier großen Stromerzeuger aufgebrochen werden kann.

Nach einer Studie von Greenpeace sind insgesamt 167 Milliarden Euro an Subventionen in die Atomenergie geflossen. Das Fass ist voll, es ist an der Zeit, die staatlichen

Hätschelungen endlich zu beenden und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Davon profitieren am Ende vor allem die VerbraucherInnen.

FDP-Wirtschaftsminister Brüderle hat die Aufgabe, den Mittelstand und den Wettbewerb zu stärken. Er macht mit der Laufzeitverlängerung exakt das Gegenteil, er schwächt die Stadtwerke und stärkt die Oligopole.

Wir Grünen haben Minister Emil Schmalfuß für seine klaren Worte gelobt. Er kritisiert in seinem Brief an den Umweltminister Norbert Röttgen vom 22. September 2010 die Gewährung von Laufzeitverlängerungen ohne vorherige sicherheitstechnische Ertüchtigungsmaßnahmen. Das ist vollkommen richtig. Greenpeace hat einen möglichen Terrorangriff mit einer tragbaren, panzerbrechenden Waffe vom Typ AT-14 Kornet-E auf ältere deutsche Atomkraftwerke untersuchen lassen. Die Reaktorgebäude der Siedewasserreaktoren der Baulinie 69, in Schleswig-Holstein sind das Krümmel und Brunsbüttel, wären stark verwundbar. Ich sage noch mal langsam, was sich hinter der Baureihe 69 verbirgt. Diese Baureihe ist im Jahr 1969 konzipiert worden, vor 41 Jahren!!!

Wir Grünen wollen wissen, wie sich die Landesregierung zu der Zustimmungsbedürftigkeit des elften und zwölften Änderungsgesetzes zum Atomgesetz im Bundesrat verhält? Hier kann die FDP ja mal Taten ihren wohlfeilen Worten folgen lassen. Der Justizminister hat sich klar für eine Zustimmungspflicht ausgesprochen. Weiterhin sind wir gespannt, ob die Landesregierung in der Bundesratssitzung am 26.11.2010 für die Anrufung des Vermittlungsausschusses votieren wird, da beide Novellen als Einspruchsgesetze formuliert sind?

Nach dem Rückzug von Schweizer Investoren aus einem Kohlekraftwerksprojekt in Brunsbüttel hat auch das E-Werk Mittelbaden auf eine Beteiligung verzichtet. Begründet wird der Ausstieg der Investoren mit den unklaren Kosten der CO2-Zertifikate und der Kritik von Umweltschützern. Hinzu kommen sicherlich Zweifel an der Wirtschaftlichkeit neuer Kohlekraftwerke. Das ist der harte Fakt, auf den es letztendlich ankommt. Neue Kohlekraftwerke sind unwirtschaftlich, wenn sie weniger als 6.000 Volllaststunden im Jahr Strom erzeugen. Durch die gesetzlich vorgeschriebene vorrangige Einspeisung von erneuerbarem Strom in die Netze müssen bei hohem Windstromaufkommen fossile Kraftwerke gedrosselt oder abgeschaltet werden. Die schleswig-holsteinische Landesregierung erwartet für das Jahr 2020 einen Ertrag von erneuerbarem Strom, der 130 Prozent des Verbrauchs in Schleswig-Holstein entspricht. Die Stromnetze werden dermaßen mit Windstrom belegt sein, dass neue Kohlekraftwerke in Brunsbüttel hochgradig unwirtschaftlich und zu Investitionsruinen werden.

Das Beispiel der genannten Investoren sollte Warnung sein für alle Stadtwerke in Schleswig-Holstein, die sich an Kohlekraftwerken in Brunsbüttel beteiligen wollen. Auch die Eckernförder Stadtwerke denken darüber nach, auf eine Kohlekraftwerksscheibe zu verzichten. Mein energiepolitischer Rat an die abgesprungenen Investoren und die heimischen Stadtwerke: stecken sie ihr Kapital in den Ausbau erneuerbarer Energien. So bekommen sie sauberen Strom und eine sichere Rendite.

Noch ein Hinweis für die KohlefreundInnen im Landtag. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke um 8 bis 14 Jahre steht in unmittelbarer Konkurrenz zum Neubau von Kohlekraftwerken. Wir brauchen keine Kraftwerke für die dauerhafte Sicherung der Grundlast. Was wir brauchen sind flexible Kraftwerke, die den fluktuierenden Strom aus Wind und Sonne regeln können. Das können Gaskraftwerke, Biomassekraftwerke, BHKWs, nicht aber Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke. Bundesweit haben alle Betreiber von Kohlekraftwerken Renditeprobleme ab 2013, wenn dann die CO₂-Zertifikate komplett ersteigert werden müssen.

Auch der Tübinger Energiekonzern SüdWestStrom geht nach Presseberichten auf Distanz zu einem Kraftwerksneubau. Nach der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke steht die Rentabilität auf dem Prüfstand. Die geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel werden als Kondensationskraftwerke gefahren, weil die erzeugte Wärme vor Ort nicht gebraucht wird und in die Elbe abgeleitet wird.

Die Kraftwerke sollen angeblich CCS-ready sein. Wer soll daran glauben? Da kein CO₂ in schleswig-holsteinische Böden eingelagert werden soll, das hat die schwarz-gelbe Landesregierung hoch und heilig versprochen und im Koalitionsvertrag vereinbart, ja wo soll es denn hin? Mit einer Pipeline nach Brandenburg? Na, die Menschen dort werden sich bedanken.

Wenn ich schon Brandenburg anspreche, kann ich mir einen Seitenhieb an die Linke nicht verkneifen. Die Linke sitzt mit in der Brandenburgischen Landesregierung, trägt dort den Neubau von Braunkohlekraftwerken mit.

Die Zukunft von Brunsbüttel liegt im Off-Shore-Geschäft. Hier muss die Landesregierung einen Schwerpunkt setzen. Wer glaubwürdig auf die Windenergie setzt, der muss sich von der Kohle verabschieden. Der Wind weht über dem Meer kräftiger und stetiger als an Land, somit wird die Windenergie ertragreicher und grundlasttauglicher. Ohne die geplanten Offshore-Windparks kann Deutschland seine angestrebten CO₂-Reduzierungen nicht erreichen.

Schleswig-Holstein ist prädestiniert für Offshore, unser Land hat zwei Küstenbereiche und langjährige Erfahrungen mit der Windenergie an Land. Offshore-Windenergie benötigt noch viel Forschung und Entwicklung wegen der besonderen Anforderungen auf hoher See.

Häfen und Werften bekommen neue Geschäftsfelder, als Basishafen und Serviceport sowie zur Produktion von hydraulischen Arbeitsplattformen und Serviceschiffen. Neben Brunsbüttel und Helgoland können auch die Häfen von Büsum und Husum von Offshore profitieren. Offshore-Wind wird zu einem Weltmarkt für viele interessierte Küstenländer.

Es gibt große Chancen für neue Arbeitsplätze, das ist kein Strohfeuer, sondern es geht um Milliarden-Investitionen über 50 Jahre mit Aufbau, Wartung, Instandhaltung, Nachrüstung.

Das Gutachten von UNICONSULT von August 2010 zu Brunsbüttel sieht bis 2030 ein Potenzial für 2.500 neue Arbeitsplätze mit einer Lohnsumme von über 100 Millionen Euro pro Jahr und fiskalischen Effekten von 45 Millionen Euro. Es besteht die Gefahr, dass der Megatrend Offshore-Windenergie verpasst wird. Für Brunsbüttel ist es jetzt die letzte Chance, den Anschluss nicht endgültig zu verlieren. Niedersachsen und Bremerhaven haben die Nase vorn. Die Energiepolitik der CDU schadet unserem Land. Statt Vorbild für Länder zu sein, die sich an uns orientieren, Energie von gestern. Wenn es um Klimaschutz und Atomenergie geht, dann muss unser Handeln so sein wie wir es uns auch von anderen Ländern wünschen.

Wir haben nur eine Welt. Wir könnten gerade in Schleswig-Holstein zeigen, wie es anders und besser gehen kann. Daher muss diese schwarz-gelbe Regierung schleunigst abgelöst werden.
